

Summary

22. Juni 2017

oiiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Podiumsdiskussion



Das Russlandbild in den rechtspopulistischen und rechtsnationalistischen Parteien und Bewegungen Europas

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport.

Summary erstellt von: Benjamin Weiser

Keywords: Russland, Rechtspopulismus, Nationalismus, Anti-Liberalismus,
Energieimportabhängigkeit, Anti-Establishment, Parteienfinanzierung, Revisionismus

Vortragende:

Bulcsú Hunyadi, Political Capital Institute Budapest

Bernhard Weidinger, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW)

Moderation:

Daniela Pisoiu, Österreichisches Institut für Internationale Politik

Zusammenfassung

Seit einiger Zeit sind vermehrt Annäherungstendenzen zwischen rechtspopulistischen bzw. – nationalistischen Kräften in Europa auf der einen und der russischen Regierung auf der anderen Seite zu beobachten. Die große Schnittmenge zwischen beiden Seiten ist der Ideologiemix aus Kulturrassismus (v.a. gegenüber der muslimischen Welt) und anti-westlichen, illiberalen Einstellungsmustern, und zwar unter Betonung von Identität und nationaler Eigenständigkeit. Russland scheint für die europäische Rechte in diesem Zusammenhang eine Blaupause zu sein, um die Gunst der Stunde zu nutzen und angesichts der instabilen Weltlage eine autoritäre Wende einzuleiten. So paradox es klingt: Gegen die gemeinsamen Feinde, sei es die „amerikanisch-jüdische Finanzelite“ oder die muslimischen Einwanderer, scheint ein transnational organisierter Kultur- und Ethnonationalismus für viele rechte Kräfte ein attraktiver Weg zu sein. Als Kennzeichen der russisch-europäischen Zusammenarbeit im rechtsnationalistischen Spektrum sind insbesondere zu nennen: Eine intensive „Besuchsdiplomatie“ zwischen Parteivertretern etwa der FPÖ und Einiges Russland, Indizien für Finanzspritzen der Kremlpartei an rechtsextreme Kräfte in Europa sowie Destabilisierungsversuche gegen den „westlich-liberalen Mainstream“ mittels gemeinsamer Propaganda. Die ehemals fest etablierte Russlandkritik innerhalb der europäischen Rechten scheint durch die neuen Deutungsmuster wie weggespült. Es bleibt abzuwarten, ob diese neue Einigkeit von Dauer ist oder, bedingt durch politische Ereignisse wie der Flüchtlingskrise, „nur“ opportunistischer Natur ist, etwa auch um partikuläre Partei- und Machtinteressen zu verfolgen.

Nationalismus in Russland: Von der Straße in den Kreml und zurück

Zunächst muss betont werden, dass es in Russland keine einheitliche nationalistische Bewegung gibt. Dennoch hat sich einiges in den letzten Jahren getan. Nach der Jahrtausendwende war die klassisch nationalistische Konstruktion der „Anderen“ vor allem verbunden mit der Einwanderung aus den kaukasischen und zentralasiatischen Gebieten. Der Slogan „Russland den Russen“ steht in diesem Zusammenhang für den neu entstandenen Ethno-Nationalismus. Die Politik spielt hierbei eine ambivalente Rolle. Einerseits hat die russische Regierung unter Führung von Wladimir Putin den Nationalismus als politischen und sozialen Kitt für die Verfolgung machtpolitischer Interessen institutionalisiert. Andererseits – und dies zeigt sich vor allem an der oppositionellen ultrarechten Bewegung „Russischer Marsch“ – kann kaum von einer Einheit oder Kohärenz der russischen Rechten die Rede sein. Die „Russischer Marsch“-Bewegung kritisiert die Regierung nicht nur wegen mangelnder Distanzierung zum ideologischen Erbe der Sowjetunion (Kritik an Lenin-Kult: Leiche solle aus Mausoleum entfernt werden), sondern ist seit der Ukrainekrise in Befürworter und Gegner des Moskauer Kurses gespalten. Uneins ist sich die Bewegung nicht nur über den Kurs Moskaus, sondern auch bezüglich der Frage, ob die Ukraine „nur“ eine Brudernation oder ein legitimer Teil der großrussischen Nation ist.



Von der Rasse zur Kultur? Die Umdefinition der „Anderen“ im transnationalen Kontext

Die Runde war sich einig: Ehemals äußerst heterogene rechte Strömungen sind seit einigen Jahren im Begriff, die grenzüberschreitende Kooperation auszubauen und den „alten“ Nationalismus in seinen klassisch staatlichen Grenzen neu zu definieren. Gewiss ist die Betonung der jeweils eigenen Nation und deren Überhöhung immer noch ein wesentlicher Punkt bei ultrarechten Gruppierungen in Österreich, Ungarn und Russland – den drei Ländern im Fokus der Veranstaltung. Allerdings lässt sich gerade im Zuge der Flüchtlingskrise feststellen, dass das alte Rechts-Links-Kontinuum zusehends durch ein weiteres ergänzt wird. Wie dieses neue Kontinuum bezeichnet wird, ist aber immer noch Gegenstand fachlicher Kontroversen. Laut Weidinger betonen VertreterInnen der extremen Rechten

heute selbst den zunehmenden Gegensatz zwischen den (liberalen, kosmopolitischen) „Globalisten“ einerseits und den auf die Wahrung nationaler Identität und Souveränität bedachten „Patrioten“ andererseits. Der identitäre Nationalismus bewegt sich ideologisch zwischen kommunitarischen und kulturalistischen Konzeptionen, welche die Globalisierung als elitäres Projekt einer westlichen Elite geißeln und vor der Vereinheitlichung des national wie kulturell Besonderen warnen. Als Verbindungselement dieser anti-globalistischen Strömungen kann, so PISOIU, der sogenannte Kulturrassismus bezeichnet werden. Die Muslime sind in diesem Kontext der neue Feind und ermöglichen als neue Projektionsfläche zum Beispiel auch eine Zusammenarbeit zwischen österreichischen und ungarischen Neonazis, die sich seit der Flüchtlingskrise verstärkt abzeichnet. Eine weitere Gemeinsamkeit europäischer nationalistischer Kräfte ist in der Hinwendung an Russland zu sehen. Dies ist in hohem Maße auf eine anti-westliche Haltung zurückzuführen: Russland als Gegengewicht zum liberalen Westen könne im Kampf gegen kulturfremde Einwanderung aus muslimischen Ländern ein starker Partner sein. Auch wenn oft betont wird, dass das gemeinsame „christlich-jüdische“ Erbe Europas verteidigt werden solle, ist die Agitation gegen die globalistische Elite oft auch ein Anknüpfungspunkt zum klassischen Antisemitismus der alten Rechten und insofern ein Element der Kontinuität.

Alle Wege führen nach Moskau: Österreichische und russische Rechte vereint gegen den „liberalen Westen“

Laut Weidinger kann man in den letzten 10 bis 15 Jahren immer engere Verbindungen zwischen österreichischen und russischen Nationalisten beobachten. Die Pro-Kreml-Haltung speist sich auch aus dem nach wie vor starken Anti-Amerikanismus in der österreichischen extremen Rechten, die lange Zeit jedoch auch eine, durch die



Nazi-Propaganda geförderte, anti-slawische Haltung gepflegt hatte und in Teilen noch pflegt. Allerdings gibt es seit geraumer Zeit, und das ist eine der argumentativen Grundlagen für die Öffnung Richtung Moskau, eine populäre Erzählung in deutschsprachigen neonazistischen Kreisen: Die Geschichte der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Russland im 20. Jahrhundert ergebe sich daraus, dass böse Hintergrundmächte (die „Wall Street“ bzw. das internationale Finanzkapital, das „Weltjudentum“) die zwei Seiten gegeneinander aufgehetzt hätten.

Die Überwindung dieser Frontstellung, teilweise sogar deren Ersetzung durch eine Achse Berlin-Moskau als Gegenpol zu den USA und westlichem Liberalismus insgesamt, wird heute von weiten Teilen des deutschsprachigen Neonazismus propagiert. Auch bei der FPÖ, besonders seit Beginn der Obmannschaft Heinz-Christian Straches, ist eine Hinwendung zu Russland zu beobachten: Seit der Georgienkrise 2008 wirbt die Partei konsequent für Positionen des offiziellen Russland, u.a. durch eigens ausgerichtete Veranstaltungen des Freiheitlichen Bildungsinstituts, die Entsendung von Beobachtern zur (Schein-)Legitimierung von Wahlgängen und die Entfaltung einer regen Besuchsdiplomatie zwischen Moskau und Wien. Besonders interessant ist, dass es noch 2011 eine Klarstellung der Kreml-Partei Einiges Russland gab, wonach sie die FPÖ nicht als Schwesterpartei ansehe, sondern ihre natürlichen Ansprechpartner auf Europa-Ebene in den konservativen Parteien der EVP (Europäische Volkspartei) erkenne. Durch zahlreiche Ereignisse kam es jedoch zur Kursänderung innerhalb weniger Jahre: Spätestens seit dem Ausbruch der Ukraine Krise ist eine Intensivierung der Beziehungen zwischen der FPÖ und Einiges Russland zu beobachten. Die Freiheitlichen waren beispielsweise von Beginn an gegen die Wirtschaftssanktionen, auch aus strategisch-ökonomischem Kalkül. Auf ideologischer Ebene stiftet der Einsatz für „traditionelle Werte“ (bzw. gegen Homosexuellenrechte, Antidiskriminierungsgesetze und andere sozial-liberale Anliegen), gegen die europäische Integration sowie gegen politisch-kulturellen Einfluss der USA Verbundenheit. Man muss allerdings konstatieren, dass Kreml-treue Haltungen in Österreich nicht nur in extrem rechten Kreisen zu vernehmen sind, sondern auch in christlich-konservativen, so zum Beispiel in Teilen der orthodoxen sowie an den rechten Rändern der katholischen Kirche. Auffällig ist auch, dass laut Weidinger einige österreichische rechte Medien ihre Server in Russland haben und viele österreichische Neonazis „VK“ nutzen, ein russisches soziales Netzwerk in Konkurrenz zu Facebook, in welchem sie sich weniger dem Behördendruck ausgesetzt sehen. Bezüglich der Diskussion um russische Finanzspritzen für rechtspopulistische und –extreme Parteien in Europa kann man für Österreich feststellen, dass bislang keine eindeutigen Nachweise für etwaige Geldflüsse erbracht worden sind. Allerdings böte das österreichische Parteienfinanzierungsgesetz für die Verschleierung derartiger Transaktionen auch gute Voraussetzungen. Die Ende 2016 fixierte Allianz zwischen FPÖ und Einiges Russland ist inhaltlich – in Form des geschlossenen Abkommens – zwar sehr vage, aber von hoher symbolischer Bedeutung. Man nutzt die Medienwirksamkeit, um (im Fall Straches bzw. der FPÖ) an außenpolitischer Statur zu gewinnen und gleichzeitig die autoritär-traditionalistische Wende einzuläuten, die die Vormacht des liberalen Westens ablösen soll.

Putin und Orban: Ziemlich beste Freunde

Nicht nur Rechtsextreme wie die Jobbik-Partei und ihre Anhänger, sondern auch die rechtspopulistische Fidesz-Regierung verfolgen eine stark pro-russische Agenda. Umgekehrt ist laut Hunyadi Russlands Einfluss in Ungarn enorm. Die Ziele Russlands in Bezug auf Ungarn sind vielfältig. Zunächst ist zu erwähnen, dass die Einflussnahme Russlands auf politische Akteure in Ungarn darauf abzielt, den westlichen Einfluss auf die ungarische Gesellschaft und Politik zu schwächen und eine Hinwendung der Bevölkerung „gen Osten“ zu provozieren. Darüber hinaus sind Destabilisierungsversuche der europäischen Gemeinschaft durch die Unterstützung von Anti-EU und



Anti-Establishment-Rhetorik zu vernehmen (vermehrt russische Propaganda in ungarischen Medien, das Verbreiten von „Fake News“). Ungarn als Teil der EU und NATO ist dabei ein äußerst wertvolles Ziel der Kreml-Propaganda: Die Schwächung der westlichen Institutionen und deren Einfluss auf Länder wie Ungarn trägt bereits erste Früchte. Auch die Destabilisierung der Region als Ganzes ist im Interesse des Kremls. Dabei kommt dem Kreml die populäre Vision eines neuen „Groß-Ungarn“ innerhalb der ungarischen extremen Rechten gelegen, was leicht für ethnische Spannungen sorgen und als Referenz dienen kann. Die Kreml-freundliche Haltung sowohl der

Regierungspartei Fidesz als auch gewisser Akteure der rechtsextremistischen Szene (einschließlich der Partei Jobbik) ist aus der Sicht umso merkwürdiger, da die ungarische Gesellschaft traditionell relativ russlandkritisch eingestellt ist. Dies hat historische, kulturelle und ethnische Gründe (z.B.: Russlands negative Rolle in der ungarischen Geschichte, Ungarn als „fremde“ Nation inmitten der slawischen Völker). Nach 40 Jahren sowjetischer, kommunistischer Herrschaft war die Zugehörigkeit zum Westen in Form von EU- und NATO-Mitgliedschaft nach der Wende als Hoffnung mehrheitlich befürwortet worden. Vor diesem Hintergrund ist der Wandel der Regierungspartei Fidesz sowie der rechtsextremen Jobbik hinsichtlich der Position zu Russland bemerkenswert. Ministerpräsident Orban, der bis 2009 sehr kritisch gegenüber Putin eingestellt war, verfolgt als Ministerpräsident seit 2010 jedoch eine starke Annäherung zu seinem russischen Pendant. Sowohl Ungarn, als auch Russland wollen die gemeinsamen Beziehungen aus mehreren Gründen ausbauen: Für Orban ist Russland ein Gegengewicht zur EU und den westlichen Partnern, welche Ungarn oft kritisieren, z.B. wegen autoritärer Tendenzen, des Abbaus der Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Institutionen und des Vorgehens gegen Nichtregierungsorganisationen. Des Weiteren ist Ungarn stark auf

Energieimporte aus Russland angewiesen. Jedoch statt eine Energieunabhängigkeit zu fördern und alternative Energieimporte und Energieformen zu sichern, wird die Abhängigkeit von Russland durch energiepolitische Maßnahmen der Fidesz-Regierung (z.B. Erweiterung des AKW-Standort Paks mit russischer Hilfe) verstärkt. Für Putin ist die Kooperation ein wichtiges strategisches Instrument, um via Budapest Einfluss auf westliche Institutionen zu nehmen. Hinzu kommt die Ideologie, welche eine große Rolle in dieser neuen „besten Freundschaft“ spielt: Schnittmengen gibt es insbesondere hinsichtlich der Anti-Establishment-Haltung, einer ausgeprägten EU-Feindlichkeit, einem generellen Anti-Liberalismus und dem Faible für autoritäre Machtpolitik in Form von Geißelungen der Zivilgesellschaft sowie der Kontrolle der Medien und anderer Institutionen. Laut Hunyadi ist die ungarische Außenpolitikstrategie, die „Öffnung nach Osten“, auch machtpolitisch motiviert. Dies drückt sich unter anderem in der heftigen Kritik gegenüber der westlichen Sanktionspolitik im Zuge der Krim-Annexion aus. Durch die enge Verbindung zu Moskau versucht Orban Distanz zur EU, den USA und anderen westlichen Partnern zu schaffen, und sich zum starken Mann des EU-kritischen Lagers zu machen. Zum anderen hat es innenpolitische Gründe, dass Orban sich noch mehr nach Moskau orientiert: Da westliche PartnerInnen seine Gesellschaft lieber meiden, braucht Orban andere Freunde um sich zu Hause als einen auf dem internationalen Parkett bedeutsamen Staatsmann zu präsentieren. Des Weiteren kann Orban auf finanzielle Mittel für sein Regime aus Russland hoffen. Die Verwendung von Geldern aus Russland (z.B. der russische Kredit für die Erweiterung des AKWs in Paks) ist einfacher zu verheimlichen als die Verwendung von EU-Fonds. Das Verbreiten russischer Propaganda und anti-westlicher Verschwörungstheorien in Ungarn ist für Russland so zu einem Kinderspiel geworden – sowohl durch die etablierten, von der Regierung organisierten Medien als auch durch alternative Kanäle und Akteure wie z.B. rechtsextremistische Organisationen. Indizien für russische Finanzhilfen an Jobbik sind im Vergleich zu den Vorwürfen an die österreichische FPÖ zudem weitaus konkreter: Hunyadi betont, dass ein dubioser Sympathisant, der später zum MEP der Jobbik-Partei geworden ist, der Partei anfangs finanziell ausgeholfen habe, als Jobbik noch eine junge und kleine Partei ohne Ressourcen war. Gegen diesen Europaabgeordneten ermittelte mittlerweile die ungarische Staatsanwaltschaft wegen Spionage für Russland.